

Anlage

Die beigefügte Anlage beinhaltet die Ergänzung zum Tagesordnungspunkt

10.14 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 2. Folgebericht -Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020
0990/2016

der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 20.06.2016.

Ergänzung:

Der von der Verwaltung vorgelegte Folgebericht des Handlungskonzepts zur Kölner Behindertenpolitik 2015 wird von den stimmberechtigten Mitgliedern in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik begrüßt. Insbesondere unterstützen wir die deutliche Bezugnahme auf die UN BRK und die Darstellung des Menschenrechts auf gleichberechtigte Teilhabe. Anhand der dargestellten absoluten Zahlen wird deutlich, dass die Bedarfe von über 80.000 Bürgerinnen und Bürgern, die Steuern zahlen und auf vielerlei Weise zum Gemeinwohl beitragen, nicht als Randgruppeninteressen betrachtet werden dürfen. Dieses Handlungskonzept entstand unter Einbeziehung von Behindertenorganisationen und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Grundsätzlich wurden die dort beschriebenen Aktivitäten von unterschiedlichen Ämtern und Dezernaten der Stadtverwaltung eingebracht. Insgesamt ist festzustellen, dass die beschriebenen Maßnahmen positiv zu beurteilen sind.

Aufgrund seiner Entstehungsweise hat ein solches Konzept aber auch Grenzen. Eine Grenze ist, wie alles auf Papier Gedruckte, dass sich neu entwickelnde Notwendigkeiten nicht enthalten sind. Des Weiteren konnten nur Maßnahmen eingestellt werden, die aus jetziger Sicht im Rahmen der erwartbaren Budgets der einzelnen Ämter und Dezernate umsetzbar sind. Maßnahmen, die zusätzliche Mittel erfordern oder eines politischen Beschlusses bedürfen, können entstehungsbedingt in diesem Papier nicht enthalten sein. Deswegen ist eine weitergehende Forderung der stimmberechtigten Mitglieder in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Politik, auch in ihrem Wirken und in ihren Beschlüssen das Prinzip von gleichberechtigter Teilhabe, Inklusion und Barrierefreiheit Rechnung zu tragen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in naher Zukunft in Form einer Ergänzung/Kommentierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten deutlich machen, inwiefern die Ziele der BRK durch die Verwaltung weiter optimiert werden könnten bzw. aus ihrer Sicht optimiert werden sollten.